

„Bildung enorm wichtig“

Heidenheimer Brezelrunde: CDU-Wirtschaftsrat diskutiert mit Abgeordneten

Die traditionelle Brezelrunde der Sektion Heidenheim des CDU-Wirtschaftsrats fand heuer mit dem Bundestagsabgeordneten Georg Brunnhuber und dem Landtagsabgeordneten Bernd Hitzler statt.

Bei Georg Brunnhuber, der auch Vorsitzender der CDU-Landesgruppe im Bundestag ist, stand vor allem die Finanzmarktkrise im Mittelpunkt. Angesichts der Schwierigkeiten der Landesbanken werde es in Zukunft entweder nur noch eine Landesbank für Deutschland oder eine Privatisierung der bestehenden Institute geben. Brunnhuber forderte dazu auf, Aufsichtsratsmandate in Zukunft mehr an die fachliche Kompetenz zu binden. In Bezug auf den Ruf nach staatlichen Hilfen unterstützte Brunnhuber die Warnung des Wirtschaftsrates vor zu vielen Verstaatlichungstendenzen:

„Wir sollten nun nichts unternehmen, was der sozialen Marktwirtschaft zu starke Grenzen setzt. Es ist nicht hilfreich, den Handel zu stoppen und den Markt zu verstaatlichen. Gerade in Deutschland sind wir auf den freien Handel angewiesen.“ Die soziale Marktwirtschaft sollte im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion stehen. Wenn Unternehmer gute Geschäfte machen, profitiere die Gesellschaft davon durch Steuereinnahmen und sichere Arbeitsplätze.

Dem stimmte Sektionssprecher Franz Rieger zu: „Der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft liegt in der sinnvollen Ausbalancierung von Markt und Staat. Der Ruf nach Staatsinterventionismus schadet uns nur.“

Brunnhuber bezeichnete die „Gescheitheit“ der Menschen als Kapital der Region. Auf die



Die Heidenheimer Sektion des Wirtschaftsrates der CDU hatte zur jährlichen Brezelrunde mit dem Bundestagsabgeordneten Georg Brunnhuber und dem Landtagsabgeordneten Bernd Hitzler eingeladen.

Erbschaftssteuer angesprochen sagte er, er erwarte mittelfristig einen Domino-Effekt, denn in vielen Ländern sei die Steuer bereits abgeschafft.

Hitzler zeigte sich angesichts solider Landesfinanzen zufrieden, warnte jedoch vor künftigen Belastungen: „Zwar machen wir keine neuen Schulden, aber der hohe Anteil an Personalkosten, auch für Pensionäre, wird langfristig den Haushalt belasten. Denn hierfür gibt es bisher keine Rückstellungen.“ Im Bereich Bildung und Sicherheit bedürfe es weiterer Investitionen. „In die Schulen fließen in den kommenden Jahren 530 Millionen Euro.“ Damit sollten kleinere Klassenteiler durchgesetzt werden. Zudem solle die Reform an den

Schulen zu einer Verbesserung der Hauptschulen führen.

Daneben sollten für die Betreuung der Kleinsten in Kindertagesstätten und Ganztageschulen rund 140 Millionen Euro eingesetzt werden. Für den Hochschulbereich kündigte der Landtagsabgeordnete zudem 150 Millionen Euro zur Schaffung neuer Studienplätze und BA-Studiengänge an.

Rieger zeigte sich angesichts dieser Unterstützung für die Forderungen des Wirtschaftsrates zufrieden: „Bildung ist für den Standort Baden-Württemberg enorm wichtig. Nur wenn wir alle verfügbaren Potenziale wirklich nutzen, haben wir im globalen Wettbewerb auch langfristig eine Chance.“